

Klartext in der Flüchtlingskrise: Der Landkreis schafft es nicht

Integration Immer mehr Kommunen fühlen sich an der Belastungsgrenze angekommen. Landrat Joachim Walter schlägt Alarm. *Von Lisa Maria Sporrer*

Eine Obergrenze für Grundrechte habe er immer abgelehnt, sagte der Rottenburger Oberbürgermeister Stefan Neher unlängst im SWR Fernsehen. Aber: „Wir brauchen eine klarere Trennung zwischen Asyl und zwischen Arbeitsmarkt-migration.“ Auch, weil die Stimmung in Rottenburg langsam kippe, bezogen auf Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind. Thema Bürgergeld. „Die Anreize, dass gearbeitet wird, müssen besser werden“, so Neher.

Die Zahl der Asylsuchenden steigt weiter und immer mehr Kommunen stoßen bei der Aufnahme von Migranten an ihre Belastungsgrenzen. „Ich habe zum ersten Mal den Eindruck, dass wir die Summe der Probleme vor Ort

„ So können wir nicht weitermachen, weil wir sonst die demokratischen Fundamente unseres Landes ins Wanken bringen.

Joachim Walter, Landrat

nicht mehr bewältigen können. Wir haben einen enormen Fachkräftemangel, können Kitas und Schulen nicht mehr ordentlich betreiben“, hatte Oberbürgermeister Palmer in einem Interview mit der „Südwest Presse“ gesagt. Und weiter: „Absehbar haben wir riesige Löcher in den Haushalten der Kommunen, sodass wir zu massiven Kürzungen gezwungen sein werden. Dann wird die Migrationsfrage richtig heiß kochen.“

Das befürchtet auch Landrat Joachim Walter. Mit der steigenden Zahl an Geflüchteten, den Probleme



Landrat Joachim Walter hat schon in der Flüchtlingskrise 2015/2016 immer gesagt: „Wir müssen stehen, bis wir umfallen.“ Heute sagt er: „Jetzt fallen wir um.“ *Bild: Anne Faden*

men bei ihrer Unterbringung bestehe auch die Gefahr, dass „wir auf Parallelgesellschaften zulaufen“, sagt er. „So können wir nicht weitermachen, weil wir, wenn wir das einfach laufen lassen, die demokratischen Fundamente unseres Landes ins Wanken bringen.“ Die Umfragen im Land registrieren zunehmend einen Rechtsruck.

Walter ist Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg und hat bereits Ende Juli zusammen mit den baden-württembergischen Landrätinnen und Landräten eine Steuerung und Begrenzung der Fluchtmigration gefordert. Die Landkreise würden immer mehr an ihre Leistungsgrenzen stoßen. „Besonders beunruhigt mich“, so Walter, „dass wir in der aktuellen Belastungssituation rund um die Uhr damit beschäftigt sind, die Schutzsuchenden un-

terzubringen und mit dem Notwendigen zu versorgen, wir aber kaum oder gar nicht mehr dazu kommen, für eine gelingende Integration zu sorgen.“

Eines der Hauptprobleme bei der Integration sei, dass die Geflüchteten und die Asylsuchenden viel zu lange brauchen, um im deutschen Arbeitsmarkt anzukommen. Schuld daran seien „viel zu hohe Hürden“ – bei den Sprachkenntnissen etwa. Unnötige Bürokratie, findet Walter. Schuld daran sei aber auch das deutsche Sozialrecht, das falsche Anreize setze. So forderten die Landräte in ihrer Resolution, dass „neu nach Deutschland kommenden Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine statt des Bürgergelds wieder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ gewährt werden sollen.

Besonders aber die bürokratischen Hürden würden es den Landkreisen und Kommunen schwer machen, die aktuelle Situation bewältigen zu können, so Walter. Im Interview spricht der Landrat davon, dass das Problem, Geflüchtete in Arbeit zu bekommen, auf ein Problem hinweise, dass Integration verhindere und es den Kommunen extrem schwer mache, die aktuelle Situation in den Griff zu bekommen: die Bürokratie.

„Wir versuchen immer einen Gipfel in Berlin zu erreichen, weil wir sagen, wir wollen euch mal die Situation vor Ort zeigen, aber die will man nicht hören. Wenn die Politik erst reagiert, wenn Wahlen bestimmte Ergebnisse zeitigen, ist es aus meiner Sicht zu spät“, sagt Walter.

Siehe Interview Seite 4

„Wir kriegen es nicht mehr hin“

Interview Landkreise und Kommunen fühlen sich überfordert: Fachkräftemangel, Migration, Rechtsruck. So kann Integration nicht gelingen, sagt Landrat Joachim Walter und glaubt, die Probleme seien nur mit Bürokratieabbau zu lösen. *Von Lisa Maria Sporrer*

In einer einstimmig verabschiedeten Resolution forderten die baden-württembergischen Landrätinnen und Landräte im Juli dieses Jahres weitreichende Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung der Fluchtmigration. Die überregionalen Medien machten weitestgehend die Schlagzeile daraus: Baden-Württembergs Landräte fordern, dass Asylbewerber zur Arbeit verpflichtet werden können. In der Resolution ging es aber um viel mehr, um Unterbringung, Kosten, das deutsche Sozialrecht, Kompetenzen der Kreise und insbesondere um eine gelingende Integration.

Herr Walter, was haben Sie bisher mit der Resolution erreicht?
Joachim Walter: Bisher nichts.

Worum ging es den Landräten darin?
Es ging nicht um die Unterbringung von Geflüchteten. Das ist die kleinere Aufgabe. Die größere Aufgabe ist die Integration. Und genau zu dieser Aufgabe kommen wir nicht mehr. Wir schaffen mit unseren Kräften nur noch die Alltagsbegleitung, Arzt, Schule, Kindergärten, alles was die Menschen, wenn sie frisch ankommen, brauchen. Das sind die Themen, mit denen wir uns beschäftigen. Zu mehr kommen wir nicht mehr. Und das ist keine Integration. Das heißt, wir haben im Grunde genommen eine Situation, in der wir sehenden Auges, wenn wir so weitermachen, auf Parallelgesellschaften zulaufen.

Was ist der entscheidende Faktor für Integration?

Arbeit ist sicher einer der Erfolgsfaktoren für Integration. Wir dürfen die Leute nicht in den Unterkünften hängen lassen. Sie brauchen eine Alltagsstruktur, eine Tagesstruktur. Im Idealfall lernen sie dabei Deutsch. Wir haben aber Anforderungen, bevor wir die Menschen tatsächlich in diesen Arbeitsprozess geben, die viel zu viel Zeit brauchen. Wir tun uns schwer mit der Anerkennung von Abschlüssen. Wir haben teilweise sogar Beschäftigungsverbote. Es müssen perfekte Sprachkenntnisse her, bevor die Menschen in den Betrieb gehen. Nein, umgekehrt muss es eigentlich sein. Ich glaube, wenn man eine Sprache den ganzen Tag sprechen muss und nicht nur zwei Stunden im Deutschkurs, um sich dann mit seinen Landsleuten wieder in der Heimatsprache zu unterhalten, dann lernt man wesentlich schneller. Vielleicht nicht grammatikalisch einwandfrei, aber es funktioniert. Wir müssen diesen Arbeitsprozess beschleunigen.

Das Jobcenter rechnete Ende Juli vor, dass von den knapp 1300 erwerbsfähigen Ukrainern, die beim Jobcenter gemeldet sind, gerade einmal 30 Menschen einen regulären Job begonnen haben. Woran liegt das?
Es gibt „zwei Kategorien“ von Menschen, was den Arbeitsprozess angeht. Die einen, die als Asylbewerber kommen, teilweise Beschäftigungsverbote haben. Und dann haben wir auf der anderen Seite die Ukrainer, die zu uns kommen, die ja im SGB II sind und arbeiten dürfen. Eine vierköpfige Familie bekommt, alle Sozialleistungen zusammengerechnet, zwischen 3200 und 3500 Euro. Wie viel muss man brutto nach Hause bringen, um diesen Nettobetrag zu haben? Da brauchen wir uns eigentlich nicht zu wundern, dass wir es nicht schaffen, Menschen aus der Ukraine in Arbeit zu kriegen. Ich würde mich genauso verhalten, um das mal ganz deutlich zu sagen.

Wir legen sie in eine soziale Hängematte rein. Nicht sie legen sich dort hinein, wir sind es. Alle, die können, müssen wir so schnell wie möglich in Arbeit bringen und nicht mit hohen Hürden, das muss pragmatischer werden.

Im europäischen Vergleich hat Deutschland zu hohe Sozialleistungen.

Und das macht die europäische Verteilung aus. Wir erfassen bei uns im Landratsamt genau, woher die Menschen zu uns kommen. Ich habe festgestellt, aus Belgien kommt kein einziger zu uns. Viele kommen, wenn sie schon länger in Polen waren, aus den Niederlanden, aus Frankreich, wirklich aus allen europäischen Ländern. Warum nicht aus Belgien? Die Belgier haben ähnlich hohe Sozialleistungen wie wir. Das ist, glaube ich, auch der beste Beleg, warum diese europäische Verteilung nicht klappt.

Immer öfter hört man momentan aus Ihrer Partei, der CDU, Forderungen nach einer Flüchtlingsbergrenze.

Ich glaube, das funktioniert nicht richtig. Was machen wir denn, wenn der Zweihunderttausendunterste dann kommt? Wird er an der Grenze abgewiesen? Wer hat überhaupt den Überblick, wie viele da sind? Ich glaube, wir müssen wirklich die europäische Verteilung hinkriegen. Und wir müssen auch auf der einen Seite darauf schauen, dass wir diejenigen, die überhaupt gar keine Bleibeperspektive haben, auch relativ schnell durch das Verfahren bringen und gegebenenfalls zurückführen. Die Verfahren dauern viel zu lange.

Ich denke, und da bin ich in meiner Partei oft als Irrläufer behandelt worden: Wir sind Einwanderungsland und wir müssen das auch nach außen zeigen. Die Menschen in der Welt wissen: Wenn ich an der Grenze das Wort Asyl sage, bin ich drin. Wenn ich sage, ich möchte Arbeit, bin ich möglicherweise nicht drin oder schneller wieder draußen, als ich an die Grenze gekommen bin. Solange die Menschen glauben, mit dem Wort Asyl kommen sie nach Deutschland rein, rennen sie oft in eine Sackgasse, in die Untätigkeit, möglicherweise rutschen sie auch in kriminelle Strukturen ab. Denn wenn man keine Arbeit findet oder nicht in dieser Gesellschaft ankampt, kann man auf dumme Gedanken kommen.

„Wir kämpfen mehr mit Vorschriften, als mit den Lösungen für Probleme.“

Was muss sich ganz konkret ändern?

Wir sind auf das gestoßen, wo wir immer drauf stoßen: Wir sind total überreguliert. Wir kämpfen mehr mit Vorschriften als mit den Lösungen für Probleme. Ein Beispiel: Es gibt ein Landratsamt, die bringen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in einigen Büros unter, auf Feldbetten. Andere nehmen die Kinder mit nach Hause. Das ist bei uns auch schon vorgekommen, dass man nicht wusste, wohin. Ich sage ehrlich: Ich sitze momentan auf einem Pulverfass, auch, weil ich meinen Mitarbeitern die Verantwortung nicht abnehmen kann, wenn da was passiert. Wir sind schon längst über unsere Leistungsgrenzen hinaus. Im Pflegebereich, im Kita-Bereich: Wir kriegen es nicht hin, wenn wir immer nur darauf achten müssen, alle Standards einzuhalten. Das größte Problem



Landrat Joachim Walter ist gleichzeitig Präsident des Landkreistags in Stuttgart. „Kommunen kommen kaum noch dazu, für eine gelingende Integration zu sorgen“, sagt er. Bild: Anne Kauen

ist unser Wust an Vorschriften. Wir denken immer in unseren Vorschriften. Vorschriften aber dürfen nicht in Stein gemeißelt sein.

Wie könnte es unbürokratischer werden?

Berichtspflichten sind so ein Beispiel. Wir ersticken beinahe in Berichtspflichten. Irrendwann komme ich nicht mehr zum arbeiten. Wenn wir überlegen, wie wir die größere Zahl an Kindern mit der geringeren Zahl an Erzieherinnen trotzdem noch im Kindergarten unterkriegen: Da können wir nicht einfach sagen, da knallt man jetzt halt drei Kinder mehr in die Gruppe und gut ist. Wir müssen gleichzeitig den bürokratischen Aufwand in den Kindergärten reduzieren. Das sind alles Pflichten, die die Leute von der eigentlichen Arbeit abhalten. Der Landwirt sitzt mehr am Schreibtisch als auf dem Acker. Und so geht es in vielen Berufen. Wir müssen auch mal riskieren, dass eine Entscheidung im Kreis Reutlingen, was denselben Sachverhalt angeht, im Kreis Tübingen vielleicht ein bisschen anders ausfällt. Wir können nicht alles durchregulieren. Und das ist unser Problem. Uns, auf der kommunalen Ebene, fehlt die Beinfreiheit, um auf manche Entwicklungen zu reagieren.

Bürokratieabbau müsste aber auf höchster politischer Ebene erfolgen.

Bis vor zwei Jahren habe ich auch gesagt: Bürokratieabbau - vergiss es in diesem Land. Das wird bei uns nie funktionieren. Aber jetzt haben wir Fachkräftemangel, wir haben Arbeitskräftemangel. Wir kriegen die Aufgaben nicht mehr gewuppt, Schule, Kindergarten und so weiter. Auch die sonstigen Versorgungssysteme sind jetzt wirklich in der Überforderung. Das ist das eine. Und das andere ist: Wir werden die Kommunen mit unseren Kreishaushalten an die Wand drücken, weil wir überreguliert sind. Im Kreis Tübingen haben wir die ersten Zahlen jetzt beigeinanden. Das sieht nicht gut aus. Ich sage immer: In der Krise liegt auch eine Chance. Die Krise ist jetzt für uns die Chance, uns von unnötigen bürokratischen Hürden zu befreien.

Wir versuchen immer einen Gipfel in Berlin zu erreichen, weil wir sagen, wir wollen euch mal die Situation vor Ort zeigen, aber die will man nicht hören. Wenn

die Politik erst reagiert, wenn Wahlen bestimmte Ergebnisse zeitigen, ist es aus meiner Sicht zu spät. Wir müssen das Misstrauen zwischen Politik, höheren Verwaltungsebenen und den Kommunen als oberstes Prinzip in unserem Rechtsstaat aufgeben. Wir müssen auf den staatlichen Ebenen mehr Vertrauen zueinander haben. Vertrauen, dass auch die Kommunen es hinkriegen und auch ordentlich machen, dass wir eben nicht mit Geld vom Bund statt der Asylbewerberunterkünfte ein Freibad bauen.

„Wir müssen stehen, bis wir umfallen. Aber jetzt fallen wir halt um.“

Aber ein solcher Gipfel ist nicht in Sicht?

Neulich hat ein Kollege gesagt: „Ich glaube, wir müssen uns vor dem Kanzleramt festkleben.“ Mittlerweile bin ich so weit, dass ich sage, wir müssen wirklich mal so was machen. Wir müssen wirklich einmal zeigen, da marschieren 250 Landräte und 300 Bürgermeister nach Berlin und blockieren das Brandenburger Tor, setzen sich auf die Straße. Eigentlich bin ich kein Freund des Konfrontativens. Aber so langsam geht uns die Geduld aus. Weil uns das Wasser so langsam Unterkannte Oberlippe steht.

Wenn man sich die Sonntagsfrage anguckt, scheint auch die Stimmung im Land zu kippen.

Eigentlich geht es um die Menschen, aber ich glaube, es geht mittlerweile auch um unser demokratisches Fundament. Wer ein bisschen unterwegs ist in dieser Welt, kriegt es doch auch mit, dass Menschen, die bis dato relativ gemäßigte Menschen waren, die versucht haben, die Dinge halbwegs sachlich zu erfassen, dass sie sich auf einmal radikalisiert. Und dann fragt du wieso? Wie stellst du dir eine Lösung vor? Dann kommt teilweise wirklich: Ich wähle jetzt die AfD. Das zeigt doch auch, dass die Menschen immer weniger Vertrauen in den Staat, in die Demokratie und damit letztendlich auch in die Kommunen haben.

Ihr Reutlinger Kollege, Ulrich Fiedler, hat unlängst gesagt, in Reutlingen habe man bald wieder die Situation der Flüchtlingskrise 2015/2016. Im Landkreis Tübingen auch?

Wir sind schon drüber. Im letzten Jahr hatten wir ja insgesamt 170 000 Menschen aus der Ukraine und aus anderen Staaten, 100 000 waren es 2015/2016 in Baden-Württemberg. Wir werden dieses Jahr mit Sicherheit das Doppelte erreichen. 2015/2016 mussten wir auch fast die Tür zum Bundeskanzleramt eintreten, um deutlich sagen zu können, dass wir das alleine nicht schaffen. Anfangs waren wir da auch nicht erwünscht. Aber irgendwann war die Kanzlerin gesprächsbereit. Es geht nicht darum, die Bundesregierung in irgendeiner Form zu beschädigen, sondern wir wollen mit ihr gemeinsam Lösungen finden. Und da muss man immer die Waage halten zwischen Eskalation auf der einen Seite und dem Abreißen des Gesprächsfadens.

Wir müssen es jeden Tag irgendwie hinkriegen und wir merken, wir kriegen es nicht mehr hin. Ich bin nicht der, der 2015 gesagt hat: Wir schaffen es nicht. Das ist nicht mein Satz. Wir müssen stehen, bis wir umfallen. Das habe ich gesagt. Aber jetzt fallen wir halt um.

Wenn die Bundesregierung noch nicht mal gesprächsbereit ist, scheint das aber noch ein langer Weg zu sein.

Ich sage immer: Es hilft nichts, wenn wir hier den Untergang schön machen, sondern wir müssen jetzt handeln. Und wenn mich was zum Verzweifeln bringt in diesem Land, dann ist es diese Trägheit im Handeln. Und darum sage ich immer: Wenn ihr es schon oben nicht regelt, dann gebt uns wenigstens unten ein bisschen mehr Handlungsfreiheit. Gebt uns wieder ein paar Ermessensspielräume. Wir machen sicherlich einiges falsch, aber nicht alles.

Ich denke, jetzt müssen wir deutlich sagen: So können wir nicht weitermachen, weil wir, wenn wir das einfach laufen lassen, die demokratischen Fundamente unseres Landes ins Wanken bringen. Ich befürchte, keine Demokratie ist so gefestigt, wie solche Dinge aushält. Aber wie gesagt, noch mal: Wir haben alle Chancen. Wir dürfen nicht alles schwarz sehen. Aber man muss diese Chancen jetzt ergreifen.